

Königlich privilegierte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich,
Vormittags 11 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn-
und Festtage.

Alle
resp. Postämter nehmen
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
25 Silbergroschen,
in allen Provinzen
der Preussischen Monarchie
1 Thlr. 1/4 sgr.

Expedition:
Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 279. Donnerstag, den 29. November 1849.

Berlin, vom 29. November.

Se. Majestät der König haben dem regierenden Herzog von Sachsen-Altenburg Hoheit, so wie Sr. Hoheit dem Herzog Joseph von Sachsen-Altenburg den Schwarzen Adler-Orden zu verleihen geruht.

Deutschland.

Berlin, 27. November. 75te Sitzung der Ersten Kammer.

Auf der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Verathung über Tit. V. der Verfassungs-Urkunde: Von den Kammern.

Abg. Baumstark (Berichtersteller) verliest den Bericht über Art. 68. und 69. der Verfassungs-Urkunde, welche ursprünglich lauten:

Art. 68. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von 250 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann.

Art. 69. Die Abgeordneten werden durch Wahlmänner erwählt. Die Wahl-Bezirke sollen so organisiert werden, daß mindestens zwei Abgeordnete von einem Wahlkörper gewählt werden.

Der Central-Ausschuß schlägt der Kammer vor, zu beschließen: die Artikel 68. und 69. so vereinigt in folgender Fassung anzunehmen: Auf jede Vollzahl von 250 Seelen der Bevölkerung ist ein Wahlmann zu wählen. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern in drei Abtheilungen getheilt und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. Die Gesamtsumme wird berechnet: a) gemeindefeise, falls die Gemeinde einen oder mehrere Urwahl-Bezirke für sich bildet; b) bewirkweise, falls der Urwahl-Bezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist. Die erste Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Dritttheils der Gesamtsteuer fallen. Die zweite Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigen Steuer-Beträge bis zur Grenze des zweiten Dritttheils fallen. Die dritte Abtheilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Dritttheil fällt. Jede Abtheilung wählt besonders und zwar ein Dritttheil der zu wählenden Wahlmänner. Die Abtheilungen können in mehrere Wahlverbände eingetheilt werden, deren keiner mehr als 500 Urwähler in sich schließen darf. Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Urwahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abtheilungen gewählt. Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner gewählt. Das Nähere über die Ausführung der Wahlen bestimmt das Wahlgesetz, welches auch die einstweiligen Anordnungen für diejenigen Stände zu treffen hat, in denen zur Zeit noch an Stelle eines Theiles der direkten Steuern die Wahl- und Schlachtsteuer erhoben wird.

Dazu hat der Abgeordnete Emunds folgenden Verbesserungs-Antrag gestellt:

Die Kammer wolle beschließen: dem von der Kommission vorgeschlagenen letzten Absage für den Art. 69., unter Streichung der betreffenden Worte, folgende Fassung zu geben: „Das Nähere über die Ausführung der Wahlen bestimmt das Wahlgesetz, welches auch die Anordnung für diejenigen Städte zu treffen hat, in denen an Stelle eines Theiles der direkten Steuern die Wahl- und Schlachtsteuer erhoben wird.“

Ab. Baumstark: Jedes gute Wahlgesetz beabsichtigt, daß alle Staatsbürger einen gewissen Einfluß auf die Wahl haben und daß durch die Wahlen die bedeutendsten Persönlichkeiten in die Kammern gebracht werden. Die von der zweiten Kammer und von ihrem Central-Ausschuße vorgeschlagene Fassung des Art. 69. will zu diesem Endzwecke ein möglichst gutes Wahlgesetz hinstellen, in der Hoffnung, daß die Erfahrungen der Zeit zu seiner Verbesserung das Fridge beitragen werden.

Bei der Abstimmung werden die beiden ersten Alinea's des Ausschusses-Antrages angenommen. Das dritte, vierte und fünfte Alinea: „Die erste Abtheilung u. s. w.“ auf das dritte Dritttheil fällt“ wird mit 61 gegen 59 Stimmen angenommen. Der übrige Theil des Art. 69. wird mit dem Verb.-Antrage des Abg. Emunds angenommen.

Art. 70 wird ohne Debatte dem Urtexte gleichlautend angenommen.

Art. 71 (ohne Discussion angenommen):

„Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 30ste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits drei Jahre dem preussischen Staatsverbande angehört hat.“

Art. 72 mit dem Urtexte gleichlautend angenommen.

Art. 73 ist seinem Inhalte nach schon in Art. 69 und fällt hier wie in der zweiten Kammer fort.

Art. 74 wird abgelehnt.

Art. 75 und 76 der Verfassungs-Urkunde wird unverändert beibehalten.

Zu Art. 77 hat der Abg. v. Manteuffel folgenden Verbesserungsantrag gestellt:

Die Kammer wolle beschließen: 1) nicht wählbar in eine der beiden Kammern sind alle richterlichen Beamte; 2) die übrigen Staatsbeamten, so wie die Militärpersonen bedürfen der Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde zum Eintritt in eine der beiden Kammern.

Außerdem werden noch zwei schriftlich eingereichte Verbesserungs-Anträge der Abg. Zander und Carl unterstützt.

Nach einiger Debatte wird der Verbesserungs-Antrag des Abg. von Manteuffel abgelehnt.

Art. 77 lautet nun mit den Verbesserungs-Anträgen der Abg. Zander und Carl nach den Beschlüssen der Kammer folgendermaßen:

Jede Kammer prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihre Geschäftsgang und ihre Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt ihren Präsidenten, ihre Vice-Präsidenten und Schriftführer. Beamte bedürfen keines Urtheils zum Eintritt in die Kammer; sie tragen aber die Kosten der Stellvertretung nach den durch das Gesetz festzustellenden Grundsätzen. Diese Kosten dürfen den Betrag der den Beamten zustehenden Diäten nicht übersteigen. Wenn ein Kammermitglied ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder Gehalt verbunden ist, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen. Niemand kann Mitglied beider Kammern sein.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Berlin, 27. November. (62te Sitzung der zweiten Kammer.)

Tagesordnung: Fortsetzung der Verathung über das Ablösungs-gesetz.

Nr. 1—15 des §. 3 (welchen wir bereits in voriger Sitz. mitgetheilt) werden ohne erhebliche Diskussion mit nur geringen Abänderungen theils nach dem Gesetz-Entwurf, theils nach dem Commissions-Antrage angenommen.

§. 4 bestimmt, daß die Berechtigungen auf Abgaben und Leistungen, welche aus dem Dberreigenthum der Lehn-, Guts-, Grund- oder Erbzins-herrn entspringen, fortbestehen bleiben sollen, wofür sie nicht durch das gegenwärtige Gesetz aufgehoben werden. Nach kurzer Debatte wird der §. mit zweien Amendements des Abg. Taubert angenommen, von denen das eine eine präcisere Fassung verlangt, das andere auch die Berechtigungen der „aus diesen Verhältnissen“ entpringenden Berechtigungen auf Abgaben oder Leistungen „oder ausdrücklich vorbehaltene Nutzungen“ beizubehalten verlangt.

§. 5 handelt von den Abgaben und Leistungen, die ablösbar sind.

Abg. Schaffranek will die Gelegenheit benutzen, zu recapituliren, und sich und die Versammlung zu orientiren. Zur Grundlage will er das Gesetz nehmen, das er eben in Händen halte. Der Redner spricht nur über den Titel des Gesetzes: Gesetz zur „Ablösung“ u. s. und stellt Betrachtungen an über die 24stündige Debatte.

Der Präsident weist ihn zur Sache, der Redner fährt aber fort: So will ich denn nicht über den Titel sprechen, sondern über die Mittel, die mir der Titel verschaffen soll. Die Rational-Versammlung hat zwar die Titulaturen abschaffen wollen, und wir haben uns 24 Stunden mit dem Titel beschäftigt.

Der Präsident muß den Redner wieder zur Sache verweisen, da derselbe nochmals abschweift, und von dem Gesetze im Allgemeinen spricht, als von einem Rinde, dessen Rock man nur erst in Händen habe, so macht ihn der Präsident auf die Geschäftsordnung aufmerksam, wonach ihm das Wort entzogen werden mußte.

Der Redner spricht nun über eine Rede des Ministers v. Manteuffel, in der derselbe seine Sympathie für ländliche Bevölkerung ausgesprochen und ruft aus, nehmen Sie recht billige mäßige und milde Ablösungssätze an, das ist besser als Schenkungen. Er sagt hierbei von Zeit zu Zeit: „§. 5“ um bei der Sache zu bleiben, da er aber dennoch wieder abschweift und auf die „Geschichte Friedrichs des Großen mit dem Ball seines Neffen“ zu sprechen kommt, da entzieht ihm die Kammer laut §. 43 der Geschäftsordnung auf Befragen des Präsidenten das Wort.

§. 5 wird hierauf angenommen.

§. 6 handelt von den öffentlichen Lasten, die der Ablösbarkeit nicht unterworfen sind.

Da viele Amendements vorliegen, so wird die Diskussion vertagt.

Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr.

Berlin, 28. November. Die zweite Kammer setzte in ihrer heutigen Sitzung die Verathung über das Ablösungsgesetz fort und nahm

die zur Debatte kommenden §§. theils nach Fassung des Regierungs-Entwurfs, theils mit Berücksichtigung von gestellten Amendements an.

Berlin, 27. November. Die Demokratie fährt fort, durch verschiedene Mittel auf die Stimmung der Geschwornen in dem Waldeck'schen Prozesse zu wirken. Die demokratische Presse behauptet fortbauend Waldeck's völlige Unschuld und findet es unbegreiflich, daß derselbe überhaupt vor Gericht gestellt werden kann. Wir wollen nicht bei Waldeck's Theilnahme an den Beratungen jener ruchlosen November-Nacht verweilen. Auch seines Barrikadenverkehrs am 16. Oktober wollen wir nicht weiter gedenken. Ebenso wenig seiner Dresdener Conferenzen, seiner Thätigkeit in den Clubssitzungen der radikalen Fraktion. Wir wollen aus seinen eignen Reden nur nachweisen, welche innige Sympathien er für die Empörung und den Aufbruch hegte und wie er für die Unterstützung von Aufbruch und Empörung wirksam war. So äußerte Waldeck in der Sitzung vom 18. Oktober 1848: „Siegt in Wien das glorreiche Volk, nun so steht es dort gut.“ In der Sitzung vom 24. Oktober äußerte Waldeck: „denken Sie sich, daß der Reichstag in Frankfurt, statt den Bürgern in Wien zu Hülfe zu kommen, gegen die Angriffe auswärtiger Croatenhorden, dahin kommen könnte, Reichstruppen zur Unterdrückung nach Wien zu senden.“ Und in der Sitzung vom 31. Oktober sprach Waldeck: „der Reichstag in Wien ist die gesetzliche Behörde, so gut wie Sie es in Preußen sind. Wir müssen unsern Brüdern in Wien schleunige Hülfe bringen.“ — Das sind die eigenen Worte des Mannes, den die Demokratie jetzt von allem Verdachte revolutionärer Gesinnung und Wirksamkeit zu reinigen sucht.

(N. Pr. 3.)

— Um 11 Uhr traf ein Kommando von 400 Mann Kriegs-Reservisten vom 24. Inf.-Regiment aus Baden hier ein. Ihre Fahne trug den Preussischen Adler mit der Inschrift: „Mit Gut und Blut für unsern König, Baden, October 1849.“

— Der Major von Schmidt, dessen Gattin auf der Reise von Charlottenburg nach Baden in der Nähe von Köln spurlos verschwunden ist, traf vor einigen Tagen in Charlottenburg bei seiner Schwiegermutter ein. Leider sind alle Nachforschungen nach der in so räthselhafter Weise Verschwundenen bis jetzt ohne Erfolg geblieben.

(N. P. 3.)

Berlin, 27. November. Die bisher unbekannte letzte Aufwärterin der ermordeten Frau H. Hirsch ist jetzt in Neudamm ergriffen und hierher zur Haft gebracht worden.

— Der Minister v. Manteuffel überraschte am vergangenen Sonnabend in der neunten Abendstunde die Gesellschaft, welche sich allabendlich in der Bürgertabagie des Hrn. Schlichter (Stralauerstr. 44.) zur geselligen Unterhaltung einfindet, ganz unvorhergesehen mit einem Besuch und nahm an den Gesprächen der Gäste bei einem Glase Weißbier lebhaften Antheil. Erst während der Unterhaltung wurde Hr. v. Manteuffel von den Herren Major Nobiling und Stadtrath Reibel erkannt. Bei seinem Weggehen erscholl ihm ein dreimaliges lautes Hoch nach. Das Glas, woraus der Minister getrunken, und der Stuhl, worauf derselbe gesessen, wurden von den Gästen als Erinnerung noch besonders vermerkt. Hr. v. Manteuffel hat auch bereits andere Bürgertabagieen besucht, wo er gar nicht erkannt wurde. Der Wunsch, sich von der Gesinnung und den Wünschen der Einwohner persönlich zu überzeugen, scheint den Minister zu diesen Besuchen zu veranlassen.

(Sp. 3.)

— Der Landrath Bauer aus Krottschin, der sich hier aufhalten wollte, um den Termin wegen seiner Betheiligung an dem Steuerverweigerungsbeschlusse abzuwarten, ist polizeilich ausgewiesen worden.

(Conf. 3tg.)

— Nach der „National-Zeitung“ ist die Mittheilung, daß von der diesmonatlichen Geschwornen-Liste die Namen mehrerer Geschwornen um deswillen gestrichen worden seien, weil sie sich schon jetzt geäußert hätten, die würden den Geheimen Rath Waldeck unter allen Umständen verurtheilen, unrichtig.

— An der Börse hieß es, daß die Geschwornen in Brandenburg den Ober-Bürgermeister Ziegler für schuldig erklärt und er demzufolge zu 6 Monat Festungsstrafe, Verlust der Nationalokarde und seiner Orden verurtheilt worden sei.

— Die „Allgemeine Zeitung“ meldet den Tod von Nicolaus Lenau.

(Conf. 3tg.)

Berlin, 27. November. Die Ahrhristen-Gemeinde unter Leitung des Thierarztes Urban hat ihr Glaubensbekenntnis abgelegt und zugleich einen Aufruf „an das deutsche Volk“ veröffentlicht. „Wir und unsere neue Gemeinde, wir wollen dem Herrn dienen. Es soll unser gemeinsames und heiliges Bestreben sein, unsern Mitbüdren den Himmel schon hier auf Erden zu begründen.“ Hr. Urban hat wirklich mit seinem Mysticismus schon angeknüpft. — Die Volksvereine halten ihre Sitzungen fort, die Vertagung derselben bis nach dem Waldeck'schen Prozesse ist abgelehnt, weil die Vereine so viel Selbstbeherrschung zu besitzen glauben, jedem möglicher Weise angelegten Konflikte die Würde und den Ernst entgegen zu setzen, den die Tage, an welchem der stille Dunder vor den Äfflen stände, nothwendig fordern.“ Dagegen haben uns die Vereine mit anderen Beschlüssen beglückt; sie erklären nemlich die Gerüchte von einer beabsichtigten Ruhestörung an dem Tage der Prozeß-Verhandlung für eine boshafte Lüge.

(Schl. 3tg.)

— Ueber die neulich in dieser Zeitung erwähnte österreichische Note (der Staatsanzeiger protestirt gegen diesen Ausdruck) kann noch folgendes Nähere mitgeteilt werden: Das österreichische Kabinett hatte für seine Mittheilung über die Berufung des Reichstages die mildeste der üblichen diplomatischen Formen gewählt, indem sie ihrem hiesigen Gesandten eine Depesche übermachte, welche dieser dem Minister des Auswärtigen vorzulesen. Was den Inhalt anlangt, so lautet dieser dahin: Wenn Preußen bei dem Entschlus verharren würde, zur Begründung des deutschen Bundesstaates einen Reichstag zu berufen, so werde sich Österreich in der Lage befinden, gegen die ihm daraus erwachsenden Nachtheile sich verwahren zu müssen. — Wenn dagegen in Zeitungen von einem casus belli die Rede gewesen, so scheint dies auf Privatäußerungen des österreichischen Gesandten zu beruhen.

— Der Mörder der Wittve Hirsch, dessen Ausmittelung wir dem Revisions-Polizey-Commissarius Guntter zu verdanken haben, ist der That jetzt völlig geändigt. Nach seiner Angabe sind die geraubten Geldpapiere von ihm unter einer der hiesigen Brücken in das Wasser geworfen worden, so daß wahrscheinlich an eine Herbeischaffung derselben nicht mehr zu denken ist.

— Bei dem Handlungsbienner Dhm, welcher bekanntlich in dem Waldeck'schen Prozesse als Mitangeklagter fungirt, hat sich der bisher unerhörte Fall ereignet, daß derselbe wegen der verdächtigen Stellung, welche er Hrn. Waldeck gegenüber einnimmt, keinen Verteidiger hat gewinnen können. Derselbe hatte eine Reihe hiesiger Juristen als Verteidiger erwählt, dieselben haben aber einer nach dem andern die Wahl entschieden zurückgewiesen. Zuletzt hat er den Redakteur der N. Preuss. Ztg., Affessor Wagner, selbst mit seiner Verteidigung beauftragt. Er

hat diese Wahl aber wieder zurückgezogen und erklärt, er wolle sich selbst zu den theiligen suchen. Da jeder Angeklagte vor den Geschworenen einen Defensor haben muß, so hat ihm der Gerichtshof von Amtswegen den Justizrath Bicht zugeordnet. Auch dieser hat gegen diesen Auftrag sofort beim Gericht protestirt, er ist aber amtlich dazu genöthigt worden.

Berlin, 28. November. (Schwarzerichts-Verhandlungen gegen Handlungsbienner Dhm und Geh. Ob.-Trib.-Rath Waldeck.) Um 10 Uhr ist der etwa 100 Zuhörer fassende Raum mit der doppelten Zahl überfüllt. Um 10 $\frac{1}{4}$ Uhr tritt der Gerichtshof, bald nach ihm die beiden Angeklagten ein: Waldeck in sicherer, ruhiger Haltung, wie es scheint, ein wenig gealtert: Dhm, ein junger Mann, gewöhnlichen festen Aussehens.

Die Verhandlung beginnt mit der Ziehung und Vereidung der Geschworenen, von denen Staatsanwalt und Verteidiger etwa gleich viele ablehnen. Ersterer, Hr. Ober-Staatsanwalt Sethe, zeigt an, daß er seine Funktionen mit dem Staatsanwalt beim Stadtgericht Hrn. Meyer theilen werde. Der Gerichtshof zieht sich zurück, um zu berathen, ob dieses Verfahren zu gestatten sei. Nach dem Wiedereintritt erklärt der Vorsitzende dasselbe für unzulässig und giebt nur Vertretung im Falle direkter Behinderung zu. Der Staatsanwalt begnügt sich zu protestiren und Beschwerde vorzubehalten.

Die Anklageakte wird verlesen, was etwa eine Stunde dauert. Hierauf beginnt der Angeklagte Dhm, aufgefordert, seine Verteidigung. Er schickt voraus, daß er wegen langer, harter Haft, über die er leidenschaftlich sich beschwert, auf sein Geständnis sich nicht sehr verlassen könne. Sein Ausdruck verräth bei aller Gelassenheit in Phrasen den wenig Gebildeten. Jugend und Mangel an politischer Einsicht habe ihm im März 1848 in die extreme Partei getrieben. Später enttäuscht, und seine Anhänglichkeit an den preussischen Staat und das Königshaus inne geworden, habe er sich im Herzen von den eigensüchtigen Führern des sogenannten Volkes, die er wenig schont und zum Theil namentlich bezeichnet, losgesagt, ohne das verlauten zu lassen. Entschlossen, dem Vaterland einen Dienst zu erweisen, habe er ihr Verfahren einzig durch die Presse der Deffentlichkeit preisgegeben, nie aber anderweitig denuncirt, so viel man ihm auch geboten. Sein Verhältnis zu Godesche so wie das zu d'Estier bespricht er höchst unklar und verworren, eben so die Vorgänge, die seiner Verhaftung vorhergingen. Der ungünstige Eindruck dieses seltsamen Plaidoyers erhöht sich in dem Verhör des Vorsitzenden. Gebrängt bezeugt er sich selbst wiederholentlich der Lüge, und bestreitet das Meiste, was er in der Voruntersuchung ausgesagt. Er behauptet, daß die bei ihm gefundenen Briefe von d'Estier herrühren, und bezichtigt Waldeck, „die Seele“ aller von der demokratischen Partei begonnenen Unternehmungen gewesen zu sein. Unter anderem versichert er, bei Gelegenheit seiner Entweichung aus der Haft nach dem Potsdamer Bahnhofe, mittelst einer Droschke, habe Waldeck am Potsdamer Thor gestanden und ihm zugerufen: „Stellen Sie sich, läugnen Sie! Verrath!“ — Was er damit gewollt, sei ihm nicht klar. Waldeck's Verhalten ist gefaßt. Die offensbaren Unwahrheiten und Widersprüche Dhm's entlocken ihm öfter Zeichen der Heiterkeit, als der Entrüstung, welche die Zuhörer oft genug nicht unterdrücken können.

(12 $\frac{1}{2}$ Uhr.)

— Man erzählt uns, Dowiak, der bekannte „deutsch-katholische“ Demokrat, hatte sich früher von einem Schmidt in Graudenz 2000 Thlr. verschafft, unter der Vorspiegelung, er wolle des Gläubigers Tochter heirathen. Als das Geld weg war, verzog sich D.

— Gestern Mittag um 12 Uhr rückte das 2te Bataillon des 9. Infanterie-Regiments (Kolberg) von Frankfurt a. d. O. hier ein, geführt von dem Kommandanten von Thümen und dem Obersten Bagenst. Bei der Neuen Wache wurde Halt gemacht. Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen, in Begleitung des Generals von Wrangel und mehrerer Stabs-offiziere, begab sich zu Fuß dahin und ließ das Bataillon vor sich vorbeiziehen, welches vorläufig hier im Quartier bleiben wird.

Brandenburg, 27. November. Wie vorauszusehen, waren Ziegler's politische Freunde gestern sehr rührig; Wein und andre Getränke sind in verschiedenen Tabagien unentgeltlich verabreicht, und so der Menge Gelüste zur Erregung von Aufbruch eingestiftet worden. Dies voraussehend, hatte der Bürgermeister Brand die nöthigen Sicherheitsmaßregeln veranlaßt. Abends nach 6 Uhr versammelte sich eine bedeutende Menge von Menschen vor der Haupt-Wache und dem Sitzungsslokale, und nachdem die Wache und der Bürgermeister Brand insultirt worden, riefen die Signalhörner und die Trompeten das hier garnisonirende Militair zu den Waffen. Die aufgeregte Menge ließ sich durch die ruhige und gemessene Ansprache der Bürgermeister Brand und Kluge nicht bewegen, den Platz zu verlassen, so daß das Militair mehrfache Attaken zu machen hatte. 17 Personen sind verhaftet. Auch ist ein neugieriger Bürger angeblich mit dem Bajonett verletzt. Um 1 Uhr war Alles ruhig.

(N. P. 3.)

Königsberg, 24. November. Die Legung einer elektromagnetischen Telegraphen-Linie von Berlin hierher ist nun auch höheren Orts beschloffen und sind die Vorarbeiten hierzu bereits angeordnet worden. Dem Vernehmen nach soll die Leitung der Drähte unmittelbar neben der Eisenbahn von Stettin über Wolburg — Bromberg i. c. geführt werden.

(N. K. 3.)

Bromberg, 25. November. Die Stimmung im Reggau ist eine höchst aufgeregte zu nennen. Wie man hier nämlich vernimmt, soll die Regierung dem Plane der Abzweigung unserer Gegend von dem Großherzogthum gar nicht günstig sein, und man sieht hier so die Hoffnungen des ganzen vorigen Jahres, für die von hier aus so viel geschehen ist, zu Grabe gehen. Man wollte daher Anfangs wieder eine Volksversammlung, wie sie im vorigen Jahre so beliebt war, halten; jedoch ist man bei der vorgerückten Jahreszeit wieder davon abgekommen und bereitet jetzt eine Piesenpetition vor, die hier bereits mit vielen hundert Unterschriften bedeckt circulirt und in einigen hundert Exemplaren in die Ortschaften des Reggaues zur Unterschrift abgesandt wird. Wir haben hier einmal wieder eine Angelegenheit, in der alle Vereine übereinstimmen.

(N. M.)

Münster, 25. November. Das hier stehende 13. Infanterie-Regiment, welches weder an den dänischen noch badenschen Kämpfen Antheil nahm, so wie das unlängst hier eingerückte 4. Kürassier-Regiment, sind für den nächsten Fall des Gebrauchs von Truppen zum Ausmarsche designirt. Einem in diesen Regimentern umlaufenden Gerüchte zufolge, dürften dieselben bald nach Hamburg oder Schleswig gehen.

Hannover. (Zweite Kammer. Sitzung vom 26. November.) Es

werden mehrere Petitionen aus dem Amte Börden angekündigt, welche Verwendung für die in Baden gefangenen Hannoveraner, Amnestieertheilung und das Dreikönigsbündniß betreffen. In einer Eingabe aus dem Pöngerschen wird ein besonderes Schwurgericht für die Grafschaft beantragt.

Ueber die Petition eines Adermanns aus Holtensen wegen eines im Jahre 1813 von den Kosaken ihm gestohlenen Pferdes wird zur Tagesordnung übergegangen, ebenso über eine Eingabe der Ehefrau Niefenberg wegen gestatteter Wiederverheirathung ihres geschiedenen Ehemannes.

Es kommt hierauf zur ersten Verathung der Vorlage über Entschädigung der Geistlichen und Schullehrer wegen der aufgehobenen Grundsteuereremtion. Abg. Bergmann wünscht die Verweisung der Vorlage an eine Commission (allgemeines Murren), er machte darauf aufmerksam, daß die Commission berücksichtige, wie den Geistlichen und Schullehrern schon nach den Bestimmungen der Kirchenordnung die Freiheit von Steuern und Exemtionen gewährt sei. (Unruhe.)

Lang 11. hält eine commissorische Zuweisung nicht für nothwendig. Nach dem Gesetze vom 5. September v. J. sind alle Exemtionen ohne Entschädigung für aufgehoben erklärt; er habe diese Anordnung schon damals in Betreff der geistlichen und Schullehrerstellen für bedenklich erklärt, insofern man sei nicht darauf eingegangen. Dem gegenwärtigen Entwurfe nun sehe man es an, daß seine damaligen Bedenken nicht unbegründet gewesen seien. Der Entwurf aber beabsichtige in der That keine Aufhebung, vielmehr heiße dessen Bestimmung nichts anderes, als eine Sache aus einer Tasche in die andere stecken. Was den Ertrag betreffe, welcher der Steuerliste durch Aufhebung dieser Exemtionen erwachsen werde, so sei er im Stande, denselben mitzutheilen. Er betrage für die Grundsteuer circa 33,300 Thlr., für die Häusersteuer 1000 und einige Hundert Thaler. Ministerial-Vorleser lehnen erklärt sich damit einverstanden, daß für diese Stellen eine Entschädigung eintreten müsse; die Stände haben damals auch der Regierung die Frage zur Erwägung gestellt, wie eine Schadloshaltung der geistlichen und Schullehrerstellen herbeizuführen sein werde. (Conf. 3.)

München, 24. November. Der gesammte Hof der beiden Könige wird heute einem großen Vocal- und Instrumental-Concert beiwohnen, welches heute Abend auf Veranlassung des Prinzen Eduard von Sachsen-Altenburg zu Gunsten zweier junger im Schleswigschen Kriege gänzlich verstümmelter Krieger im R. Odeon gegeben wird. Diese beiden Braven wollen ein Handwerk erlernen; sie heißen beide Meier; der Andrang nach Billetten ist wahrhaft ungeheuer; ein Fieber und eine Jede will beitragen. Es ist eine große patriotische Demonstration; die Königin Marie hat 140 Billette kaufen und unter die verschiedenen Truppengattungen vertheilen lassen, auch König Max hat über 100 Billette zu kaufen und zu verschenken befohlen; dergleichen wetteifert die ganze hohe Aristokratie. Das Billet kostet 48 Kr. für den Saal. Alle hiesigen Regimentsmusiken wirken an dem Concerte mit. — Eine Sitzung der Volkskammer hat heute nicht stattgefunden: künftigen Montag den 26. wird gleich nach der Gesamt- abstimmung über den Jagdgesetzentwurf der Amnestiegesetzentwurf zur Verathung kommen.

Karlsruhe, 22. November. Baiern verweigert noch immer den aus Baden nach Hause marschirenden preussischen Truppen den Durchmarsch durch sein Land. (Fr. 3.)

Aus dem Badischen, 24. November. Die Einfasernung der preussischen Occupationstruppen wird bis zur Mitte des nächsten Monats überall eingerichtet sein. Sehr viele Familien schicken sich zur Auswanderung nach Amerika an. Würde es nicht so schwer halten, Eigenschaften zu gehörigen Preisen zu veräußern, so wäre dieselbe noch stärker. Im Mittelrheintreife beabsichtigen mehrere hundert Familien in der nächsten Zeit auszuwandern. (Fr. 3.)

Karlsruhe, 23. November. Seit ungefähr einem Monat gefällt sich die demokratische Partei darin, durch allerhand abenteuerliche Gerüchte, welche sie auf geschickte Weise zu verbreiten sucht, bei den ängstlichen Gemüthern die aufregenden Mittel in Anwendung zu bringen, mit denen sie früher ihre günstigen Resultate zu erzielen wußte. Dabin gehört vornehmlich das Ausbrengen der Nachricht, es sei in Paris Revolution ausgebrochen. Bei dem Zusammenhang, in welchem die Partei der Demokraten in unserm Lande mit den Führlingen und den Nothen jenseits des Rheins steht, ist es klar, daß man hier in den betreffenden Kreisen von den Plänen der Umsturzpartei in Frankreich vollkommen unterrichtet ist, und so wie die an der Energie Changaniers gescheiterte Emute vom 19. Januar und späterhin Ledru Rossins verunglücktes Attentat schon im Voraus bei uns bekannt war, so deuten die neuerdings ausgepöngten Gerüchte offenbar darauf hin, daß an der Seine wieder etwas im Werke ist. Wie gegenwärtig die Dinge stehen, läßt sich schwer annehmen, daß selbst den Fall einer Revolution in Paris vorausgesetzt, diese zu Gunsten der republikanisch-sozialistischen Propaganda ausschlagen würde, daß mithin den Nothen in unserm Lande ein Vortheil daraus entstehen könnte. Allein wir können doch nicht in Abrede stellen, daß ein, und wenn auch nur momentaner Sieg des Berges in Paris auf den Elsaß und dadurch auch trotz der militärischen Besatzung auf unser Land Rückwirkungen ausüben würde, die um so gefährlicher wären, als ihnen auch Würtemberg, selbst Baiern nicht Widerstand zu leisten im Stande sein würden. Man braucht nicht geradezu schwarz zu sehen, um an die Möglichkeit einer solchen Gefahr zu glauben. (D. Ref.)

— Das Gerücht von einer Abdankung des Großherzogs macht abermals die Runde durch die Zeitungen. Vor Kurzem noch wurde damit das Aufhören der politischen Selbstständigkeit Badens verknüpft, jetzt ist nur von einer Abdikation zu Gunsten des Prinzen Friedrich die Rede. Trotz der scheinbaren Bestimmtheit, mit welcher das Gerücht verbreitet wird, kann indeß versichert werden, daß bis jetzt nicht der mindeste Grund vorhanden ist, an eine Realisation desselben zu glauben. (D. Ref.)

Österreich.

Wien, 25. November. Die „Presse“, welche seit längerer Zeit immer unverhohlener zur Opposition gegen das Ministerium Schwarzenberg übergegangen war, greift dasselbe in ihrer heutigen Nummer auf das Heftigste wegen seiner — Unthätigkeit an. Dasselbe habe allerdings Thaten erlebt, nämlich die Heldenthaten der Armer, welche es nicht zu benützen verstanden hätte. Aber seine eigenen Thaten beständen nur in provisorischen Ordnonanzen, welche auszuführen es entweder nicht den Muth oder nicht den Willen hat. Seine einzig fassbare That sei der Belagerungszustand, welcher drei Viertel der Monarchie bedecke. So argumentirt eins der größten Organe der österreichischen Presse. Unthätigkeit scheint jedoch nicht der Vorwurf zu sein, welchen man dem Ministerium zu machen berechtigt ist.

— Es verlautet, daß die Regierung für die bereits abgelieferten Kosaknoten eine mäßige Entschädigung gewähren, die bisher nicht abgeliefert aber als null und nichtig erklären werde.

— Die Wiener Blätter berichten von einer immer klarer hervortretenden Opposition der ungarischen Territorial-Aristokratie gegen die neuen Organisationspläne des Ministeriums in Ungarn. Die konservativen Aristokraten ziehen sich mehr und mehr aus allen Verwaltungsgeschäften zurück. Es werden besonders genannt die Mayleths, Joseph, Hermann, Senney, Szecheny, Androssy. Auch Graf Moriz Almasy will dem Vernehmen nach seine administrative Stellung verlassen.

— Aus einer Uebersicht der deutschen Zeitungen ergibt sich, daß in Oesterreichs deutschen Provinzen 59, in den außer-deutschen 15, somit im Ganzen 74 politische Journale in deutscher Sprache erscheinen. Im Ganzen giebt es 1548 politische deutsche Blätter. In Baiern zählt man deren 115, in Preußen sogar 632. Die Zahl der in deutscher Sprache erscheinenden Zeitschriften, wissenschaftlichen und belletristischen Inhalts, beträgt 1102.

Westh, 22. November. Man hört jetzt wieder viele Klagen über die Unsicherheit mitten in der Stadt. Auch hat sich der berühmte Räuberhauptmann Rozsa Sandor, der unter der Revolution ein patriotischer Krieger war, nun wieder in sein früheres Amt eingefügt. Er treibt sein Unwesen in der Gegend von Szegedin, und es gelang ihm unlängst, als eine aus elf Individuen bestehende Mannschaft gegen ihn ausgeschickt wurde, sich erfolgreich zu wehren und zu entkommen.

Kriest, 22. November. Heute um die Mittagsstunde donnerten die Geschütze sämtlicher Kriegsschiffe auf der Rhee. Der Vice-Admiral Dahlerup strich seine Kommando-Flagge an Bord der „Bellona“ und löste die bisher noch fortbestandene Flotte auf. Ein passender sinnreicher Tagesbefehl war gleichsam das freundliche Geleite, das der alte Seemann den Offizieren und Mannschaften gab, die unter seinen unmittelbaren Befehlen während der Blokade Venedigs mit Ausdauer und Eifer gedient hatten. „Der größte Theil der verschiedenen Gefechte“, lautet eine Stelle des Befehls, „hat im Angesichte der Repräsentanten der zwei ersten Seemächte Europa's, der englischen und französischen Kriegsschiffe, stattgefunden, und jene kompetenten Richter müssen als Augenzeugen ihnen die gerechte Anerkennung gezollt haben und werden gewiß den verdienten Ruhm unserer zwar noch kleinen Marine in ihrer Heimat verbreiten. War es der Kaiserlichen Marine auch nicht gegönnt, die ersten glänzenden Episoden des Feldzuges in Italien mitzumachen, so bleibt ihr doch das lohnende Bewußtsein, durch ihre Leistungen den Krieg beendet, glorreich beendet zu haben, u. s. w.“ Ein glänzendes Mahl versammelte die Kommandanten der sämtlichen anwesenden Kriegsschiffe an der Admirals-Tafel. (Lloyd)

Dänemark.

Kopenhagen, 24. November. „Fädrelandet“ kommt bei Gelegenheit einer Kritik der von der preussischen Regierung den Kammern vorgelegten Berichte über die dänischen Angelegenheiten auf die Friedenspräliminarien zurück, welche es für Dänemark jetzt vortheilhaftester findet, als dies beim ersten Anblick erscheinen könnte. §. 1. der Präliminarien gewährte Schleswig eine administrative und legislative Selbstständigkeit, seiner bisherigen politischen Union mit Dänemark unbeschadet. An den Friedenspräliminarien darf in keinem Falle geändert werden. „Jene Clausel aber“, sagt „Fädrelandet“, „ist nicht bloß, was der preussische Bericht, eine einfache, unbedenkliche Anerkennung des bis jetzt faktisch bestehenden Verhältnisses, sondern besagt ausdrücklich, daß die Schleswig zu verlehende Selbstständigkeit nicht anders beschaffen sein darf, als daß sie mit der Bewahrung der bisher zwischen Schleswig und der Krone Dänemark bestehenden politischen Union sich vereinigen läßt. Es ist also hier eine nähere Definition gegeben, wie jene Selbstständigkeit zu verstehen sei, und diese ist, nach der jetzigen Form der Präliminarien §. 1. nicht mehr eine absolut legislative und administrative, wie sie nach der zuerst von Dänemark im Februar d. J. vorgeschlagene Fassung jenes Paragraphen gewesen wäre, sondern sie ist auf eine solche Unabhängigkeit reducirt worden, welche sich mit Aufrechterhaltung der bisherigen politischen Verbindung vereinigen läßt.“

So folgert das dänische Blatt. Wir haben aus der Folgerung nichts weiter zu entnehmen, als daß man sich anfängt zu begnügen und dieses „Begnügen“ nur hinter einer besonderen Auslegung der Präliminarien zu verstecken sucht. Warum eben die dänischen Blätter, die früher gegen den Waffenstillstand und die Präliminarien so heftig polemisirten haben, jetzt sich mit ihnen zu vereinbaren anfangen? Die Antwort liegt nicht fern. (Conf. 3.)

Schweiz.

Neuenburg, 21. November. Ueber die vor Kurzem andeutende Demonstration zu Gunsten des Königs von Preußen können wir heute Näheres mittheilen. Sie ging namentlich von dem loyalen Drie Sarne aus, wo sie am 15ten Oktober, am 3ten und 13ten November auf dieselbe Weise ausgeführt wurde. — Sie bestand in Freundschaften unter preussischem Panier, und in weiter nichts. In eine Verschwörung oder gar Empörung, wofür unsere radikalen Blätter die einfache Ergießung der Loyalität ausgeben möchten, ist demnach nicht zu denken. Die konservativen Blätter bemerken hierüber treffend, daß es von den Royalisten des Kantons nicht zu erwarten sei, daß sie zu Gunsten desjenigen Monarchen Anordnung hervorruhren würden, der der König der Ordnung sei, der allerwärts die Ordnung hergestellt. Nichtsdestoweniger sind die Maßregeln, welche unser jetziges radikale Regime gegen die gedachte Gemeinde ergriffen, der Art, als hätte wirklich eine Erhebung statt gefunden. Das Gericht von La-Chaux-de-Fonds hat sich in großem Pomp nach Sarne begeben, um eine lange und breite Untersuchung einzuleiten, und da die vorgeladenen Zeugen nichts auszusagen und daher auch keine Thäter anzugeben wußten, so wurde in dem Drie die 1. und 3. Compagnie des 1. Bataillons zur Strafe einguquartiert. Die Feingefuchten wollen gegen diese harte Maßregel bei dem Bundesrathe Einsprache erheben. Außerdem hat der Direktor des Kriegsdepartemens, Sted, noch eine Proklamation an die Mauern geschrieben, worin er seine Strenge zu rechtfertigen sucht. (D. Ref.)

Belgien.

Brüssel, 24. November. Man liest im heutigen „Journal des Flandres“: „Wie wir angekündigt haben, werden nächste Wochen alle Fabriken zu Gent in Thätigkeit sein. Gestern und heute sind mehrere hiesige Arbeiter, und darunter die widerspänstigsten, nach Rouen abgereist.“ Nach dem „Organe des Flandres“ sind fast alle Spinner und das weibliche Personal der Fabriken wieder in Thätigkeit. Die Polizei spürt jetzt den Aufwiegler nach, welche die Arbeiter größtentheils unter Drohungen zum Feiern verleitet haben.

Niederlande.

Gravenhaag, 23. November. Die Nachrichten aus niederländisch Indien lauten sehr traurig. Java leidet außerordentlich durch Erdbeben. In den Distrikten von Radac ist die Tabaksernte ganz und die Kaffee-Ernte zum großen Theil verloren. Dennoch bereitet der General-Gouverneur einen Eroberungszug gegen einen Theil von Celebes vor. Admiral von den Boshé kehrt nach Java zurück als Commandeur der dortigen Flotten-Station.

Frankreich.

Paris, 24. November. (Gesetzgebende Versammlung. Die Petitionen, mit denen sich die Kammer beschäftigt, sind im Allgemeinen ohne Interesse. Eine derselben ist von den Waffenhändlern von Paris, deren Magazine im Februar, Mai und Juni geplündert wurden; sie verlangen eine baldige Entschädigung. Der Minister des Innern erklärt, daß eine Kommission die Reklamationen, die auf 5 Millionen angelaufen, prüft. (Oh, oh!) Der Staatsrath beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit. Der Minister unterwirft sich seiner Entscheidung. Die Petition wird dem Minister des Innern zugeschickt. Die Petition eines Pariser verlangt, die Statue des Herzogs von Orleans wieder aufzurichten. Die Kommission schlug die Tagesordnung vor. General Gourgaud sprach für die Petition: die Statue gehöre dem Militär an. Die Kammer ist jedoch der Ansicht der Kommission.

Paris, 24. November. Es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß die Regierung in kurzer Zeit eine Maßregel veranlassen wird, welche der verständige Theil des Publicums längst herbeigewünscht hat: die allgemeine Entwaffnung der Nationalgarde nämlich. Die Angelegenheit war in den letzten Tagen mehrmals der Gegenstand der ministeriellen Berathungen, und wenn man auch — insoweit wir wenigstens in Erfahrung gebracht haben — bis jetzt noch nicht zu einem definitiven Beschlusse gekommen, so ist es doch Thatsache, daß die Mehrzahl der Minister sich für die prinzipielle Nothwendigkeit, die Waffen der Nationalgarde in Friedenszeiten der Aufbewahrung des Staates anzuvertrauen, ausgesprochen habe. Namentlich hat dieser Meinung die Minister des Innern und des Krieges. Herr J. Barrot hat schon bei einer früheren Gelegenheit die bewaffnete Nationalgarde den organisirten Bürgerkrieg genannt.

Es ist bekannt, daß der General Germeau zu Lyon erklärte, er sei nur deshalb mit einer Armee von 10,000 Mann Sieger in der letzten Straßenemete geblieben, weil die Nationalgarde aufgelöst war; im entgegengegesetzten Falle würde er mehr als einer doppelt starken Streitmacht bedurft haben. Was für die Provinzen gilt, gilt noch weit mehr für die Hauptstadt. Eine Armee von 40,000 Mann würde nach dem Urtheile aller Generale in diesem Augenblicke hinreichen, die Ruhe in Paris aufrecht zu erhalten, wenn alle Gewehre der Nationalgarde in das Arsenal transportirt würden; so lange dies aber nicht geschieht, ist an eine Verminderung der Besatzung — welche sich auf mehr als 100,000 Mann beläuft — gar nicht zu denken.

Auch ein großer Theil der Provinzialpresse protestirt energisch gegen das unnütze und gefährliche Soldatenspielen, insbesondere sind es seit einiger Zeit die Blätter des südlichen Frankreichs, welche auf eine Auflösung der Nationalgarde dringen.

Ist es aber nicht bemerkenswerth, daß dieselbe Stadt, welche aus der Auflösung der Nationalgarde im Jahre 1827 eine der vorzüglichsten Beschwerden gegen die Minister Karls X. machte, heute diese Maßregel mit Ungeduld erwartet?

Man spricht von der Abberufung des Generalgouverneurs von Algerien, General Chardon. Der Kriegsminister hat sich sehr mißbillig darüber geäußert, daß derselbe trotz der ersten Ereignisse in der Provinz Constantine Algier nicht verlassen habe, um sich auf den Kriegsschauplatz zu begeben.

Paris, 24. November. Zwischen Pierre Napoleon Bonaparte und René von Rovigo, Redakteur des Corsaire, hat ein Duell statt gefunden. Die Zeugen hatten sich dahin geeinigt, daß dasselbe mit dem Säbel angefangen, nach der ersten Verwundung aber mit dem Degen fortgesetzt werden sollte. Die Gegner plachteten sich in einer Distanz von drei Schritten und gingen dann auf einander los. Pierre Bonaparte wurde beim zweiten Ausfall an der linken Seite der Brust und am Daumen leicht getroffen, aber zu gleicher Zeit fiel der Säbel dem Rovigo aus der Hand, und auf den Ruf der Zeugen hielt Bonaparte, welcher den Säbel geschwungen hatte, ein. Die Verwundung Bonaparte's schien nicht bedeutend genug, um das Duell aufhören zu lassen, und seine Zeugen schlugen vor, dasselbe mit dem Degen fortbauern zu lassen, da die Entwaffnung Rovigo's die ersten Bedingungen ändern müßte. Die Zeugen des Letzteren dagegen bestanden auf dem Degen. Von Seiten Bonaparte's wurde die Pistole vorgeschlagen, aber von der andern Seite gleichfalls abgelehnt. Dabei verblieb es. — Ein anderes Duell soll Bonaparte mit dem bekannten de Lavallette, jetzigem Redakteur der „Assemblée nationale“, haben; sein Vertrauter, Chateau-Renaud, hat für morgen das Kartell angenommen. — Es ist nur eine Stimme in Paris, um diese Art der Vertheidigung der parlamentarischen Ehre zu brandmarken, und man hofft, daß sich endlich die hohe Magistratur ins Mittel legen wird, um die Repräsentanten zu verhindern, dem Volke ferner so schlechte Beispiele zu geben.

Italien.

Neapel. In Folge der Erbonnanz, welche alle Professoren einer Prüfung im Katechismus unterwirft, wird einstweilen weder Medicin noch Jus gelehrt. In der Basilicata, in Conzenza, Lecce, Teramo sind neue Verhaftungen vorgefallen; in der Residenz wurden nebst 13 Personen fünf Klostergeistliche eingekerkert.

Die Opposition der Turiner Deputirtenkammer soll durch die Vertagung in große Verlegenheit gesetzt worden sein. Mehrere Mitglieder sollen sich zum König begeben haben, um denselben zu vermögen, ein Emigrantengesetz zu präferiren; sie würden sich zur Annahme verpflichten, selbst wenn dasselbe noch so ungünstig für die Flüchtlinge ausfallen würde.

Einer der bekanntesten italienischen Demokraten hat eine Flugschrift veröffentlicht (in Genf), welche den Titel hat: Dem Prinzen Louis Bonaparte, Präsidenten der französischen Republik. Derselbe nennt ihn darin seinen Bruder, macht ihm jedoch Vorwürfe über seine politische Handlungsweise. Er sagt ihm voraus, daß er wieder nach Hamm zurückgekehrt würde, wenn er nicht einen 18. Brumaire zu Gunsten der Freiheit der Völker machen würde.

Mailand, 18. November. In Turin ist der „Volkszeitung“ ein Prozeß angehängt worden, weil dieselbe in einem Artikel die Behauptung aufstellte, daß man seine Seele retten kann, wenn man die zehn Gebote gewissenhaft beobachtet. (?)

Rußland und Polen. Petersburg, 20. November. In Plozj wird dem Feldmarschall Wittgenstein ein großes Monument von Gußeisen errichtet und man ist

jetzt mit der Aufstellung beschäftigt. Nach dem Gerücht zu urtheilen, wird es eine Höhe von mehr als 100 Fuß haben. Die Kugel allein wurde mit 30 Ochsen hergeführt. Plozj, mit circa 10,000 Einwohnern, liegt auf einem Berge, hart an der Düna.

Getreide-Berichte.

Stettin, 28. Novbr.

Weizen, 48—54 Thlr.
Koggen, in loco für 87½d. 27% Thlr., pro Frühjahr 28% Thlr. bez.
Gerste, pro Frühjahr für Pomm. 24% Thlr. bez.
Hafer, 15½—19 Thlr.
Leinsamen, Bernauer, 11—11½ Thlr. bez.
Erbsen, 11½ Thlr. incl. Faß auf Frühjahr-Abladung bezahl.
Rübsöl, rohes, pro November 14½—14 Thlr., pro November-Debr. 13½ Thlr., pro Debr.-Janr. und pro Janr.-Febr. 13% Thlr. bezahl.
Spiritus, roher, in loco 25 % mit und ohne Faß, pro Frühjahr 22½ % bezahl.

Landmarkt-Preise:

Weizen	Koggen	Gerste	Hafer	Erbsen
48 a 50	26 a 28	22 a 24	16 a 17	31 a 34 Thlr.

Berliner Börse vom 28. Novbr.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

Zinsfuß.	Brief	Geld	Gem.	Zinsfuß.	Brief	Geld	Gem.
Preuss. frw. Anl.	5	106½		Pomm. Pfdbf.	3½	95½	
St. Schuld-Sch.	3½	89½		Kur.-Anm.de.	3½	95½	
Sech. Präm.-Sch.	—	101½	101½	Schles. do.	3½	94½	
K. & Nm. Schuld.	3½	85½		do. Lt. B. gar. do.	3½	—	
Berl. Stadt.-Obl.	5	103½		Pr. Bk.-Anth.-Sch.	—	94½	93½
Westpr. Pfdbf.	3½	89½					
Großh. Posn. do.	4	99½		Friedrichsd'or.	—	13½	13½
do. do.	3	90½		And. Glm. a 5 tlr.	—	12½	12½
Ostpr. Pfandbr.	3½	94½		Dirente	—	—	—

Ausländische Fonds.

Zinsfuß.	Brief	Geld	Zinsfuß.	Brief	Geld
Russ. Hamb. Cert.	5	—	Pola. neue Pfdbf.	4	95½
do. b. Hops 2 1/2 a.	5	—	do. Part. 500 Fl.	4	80
do. do. 1. Anl.	4	—	do. do. 200 Fl.	4	—
do. Stiegl. 2 1/2 A.	4	88½	Hamb. Feuer-Cas.	3½	—
do. do. 3 A.	4	—	do. Staats-Fr.-Anl.	—	—
do. v. Bthsch. Lst.	5	110½	Holl. 2½ o/o Int.	2½	—
do. Pola. Behat. 0	4	80½	Karh. Pr. O. 40 th.	—	34½
do. do. Cert. L.A.	5	93½	Sard. do. 26 Fr.	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	17	N. Bad. do. 25 Fl.	—	18½
Pol. Pfdbf. a. a. C.	4	96½			

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuß.	Tages-Cours.	Priorit.-Actien.	Zinsfuß.	Tages-Cours.
Berl. Acth. Lit. A. B.	4	490 bz. u. B.	Berl.-Anhalt	4	94 bz.
do. Hamburg	4	83½ bz. u. B.	do. Hamburg	4	98½ G.
do. Stettin-Stargard	4	110 bz.	do. Potsd.-Magd.	4	91½ bz.
do. Potsd.-Magd. b.	4	69½ a 68½ bz. u. B.	do. do	4	510½ a 101½ bz.
Magd.-Halberstadt	4	7142½ G.	do. Stettiner	4	5106 bz.
do. Leipziger	4	10	Magd.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4	266½ a 67 bz.	Halle-Thüringer	4	97½ bz.
Old.-Minden	3½	95½ a 96 bz.	Old.-Minden	4	100½ bz.
do. Aachen	4	46½ a 47½ bz.	Elberh. v. Staat gar.	3½	—
Bonn-Gln.	5	—	do. 1 Priorität	4	—
Düsseldorf-Elberfeld	5	—	do. Stamm-Prior.	4	78½ bz.
Steele-Vorwinkl.	4	—	Düsseldorf-Elberfeld	4	—
Niederschl.-Märkisch.	3½	84½ bz.	Niederschl.-Märkisch.	4	93½ bz.
do. Zweigbahn	3½	—	do. do.	5	103 B.
Oberschl.-Lit. A.	3½	61 109 G.	do. III. Serie	5	102 G.
do. Lit. B.	3½	61 106 B.	do. Zweigbahn	4	—
Cassel-Oderberg	4	—	do. do.	5	—
Breslau-Freiburg	4	—	Oberschl.-Lit. A.	4	—
Krakau-Oberwiesl.	4	—	Cassel-Oderberg	4	—
Bergisch-Märkisch.	4	73½ bz. u. B.	Steele-Vorwinkl.	5	—
Stargard-Posen	3½	84½ a 84½ bz.	Breslau-Freiburg	4	—
Strieg-Neisse	4	—			
Quittungs-Bogen.	Klinz.	—	Anst. Stamm-Actien.	—	—
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	Dresden-Elbitz	4	—
Magd.-Wittenberg	4	60	Leipzig-Dresden	4	—
Aachen-Maastricht	4	30	Chemnitz-Riesa	4	—
Thür. Veröbnd.-Bahn	4	20	Sächsisch-Bayerische	4	—
Anst. Quittg.-Bogen.	Klinz.	—	Kiel-Altona	4	—
Ludw.-Borbach 24 Fl.	—	—	Amsterdam - Rotterdam	4	—
Peather 26 Fl.	4	90	Necklenburger	4	—
Frankl. Wilm.-Nordb.	4	90 51½ a 52½ bz.			

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schulz & Comp.

Novbr.	Therm.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reducirt.	28	336,87	337,90	338,83
Thermometer nach Réaumur.	28	— 5,2°	— 3,0°	— 10,2°

Beilage.

Deutschland.

Berlin, 27. November. (Bemerkungen zum Haupt-Etat der indirekten Steuer-Verwaltung pro 1849.) Die Central-Abtheilung der Budget-Commission der zweiten Kammer hat dem Vernehmen nach jetzt die Prüfung der indirekten Steuern beendet und dagegen Wesentliches nicht zu erinnern gefunden. Anders möchte das Urtheil desjenigen Theiles des Publikums lauten, welcher mit der betreffenden Verwaltung in nähere Berührung kommt und es dürfte nicht unzweckmäßig sein, den Gegenstand öffentlich zur Sprache zu bringen, ehe die Budget-Commission ihre Arbeiten zum Abschluß fördert.

Die Einnahmen aus den indirekten Steuern, welche sich auf 27,764,193 Rthl. belaufen sollen, sind natürlich nur aus Fraktionen zu berechnen, gegen die sich nichts sagen läßt. Daß die Rübenzucker-Steuer mit 3 Sgr. angenommen ist, während nach der in andern Staaten erfolgten Abweisung der Erhöhung fürs Erste nur auf 1½ Sgr. pro Ctr. gerechnet werden kann, braucht keiner Erwähnung, dagegen wäre eine Erläuterung über den Betrag der Rückzölle, welche den Branntwein-Brennereien und Zucker-Raffinerien gezahlt werden, sehr zu wünschen gewesen, denn nach allgemeiner Meinung sollen deren Sätze viel höher sein, als es die vorgeschrittene Technik zum Ersatz der gezahlten Steuern nöthig macht, selbst wenn angenommen wird, daß die Raffinerien nicht durch Verwendung von Rübenzucker weitem Vortheil dabei haben. Bei dem Chausseegeld fallen die über 10 pCt. betragenden Erhebungskosten auf und nöthigen zu der Frage, in wie weit dieses mit der Zahl der Eisenbahnen wachsende Mißverhältniß durch Verpachtungen zu beseitigen gesucht ist. Noch unverhältnißmäßiger scheinen die 49 pCt. betragenden Honorare und Tantiemen der Hypothekenbewahrer zu Köln, und die Frage, ob dabei keine billigere Einrichtung möglich ist, liegt nahe.

Kommen wir nun zu den mit Ausnahme der für besondere Zweige schon abgesehenen 342,486 Thlr. noch auf 3,467,703 Thlr. veranschlagten allgemeinen Ausgaben, so bezeichnet bei diesen die öffentliche Stimme gar manche wünschenswerthe Ersparungen, über deren Thunlichkeit natürlich nur eine genaue Prüfung entscheiden kann. Wir übergehen dabei Alles, was durch Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer sich von selbst ermäßigen würde, befürworten auch, daß die Gehalte an und für sich nicht zu hoch gehalten werden; im Gegentheil den Subalternen und besonders denen, welche Pferde halten müssen, eher eine Verbesserung gewünscht werden könnte, und wollen nur andeuten, wo in den Einrichtungen Ersparungen möglich scheinen.

Von den 10 Provinzial-Steuer-Direktionen werden zwei bei den Regierungen zu Frankfurt und Potsdam verwaltet. Der Wirkungskreis derselben scheint nicht so ausgedehnt, daß er nicht in eine Zusammengezogen und dadurch an Beamten gespart werden könnte. Die Arbeiten der 3 Regierungsräthe bei den Direktionen sollen an verschiedenen Stellen der Art sein, daß eine größere Heranziehung der Sekretaire wohl einen Rath ersparen könnte. Zulagen für die Stellvertretung der Dirigenten sind an 10 Ober-Regierungs-Räthe neben 1500 und 1000 Thlr. Gehalt zu 300 Thlr. aufgeführt: in anderen Geschäftszweigen pflegt solche Vertretung wohl Ehrensache zu sein, und da doch Reise-Diäten besonders vergütet werden, könnte auch hier deren Bezahlung wohl wegfallen. Das Institut der Stempelsteuere ist ein sehr ungeliebtes, und die Frage in wie weit es durch strengere Aufsicht der Gerichte mittelst ihrer Tantieme dafür beziehenden Rendanten und Sekretaire in ihren Sprengeln überflüssig gemacht werden könnte, ist wohl an ihrer Stelle; jedenfalls ist im Etat noch auf 23 Stempelfiscale a 1000—1600 Thlr. Gehalt Rücksicht genommen, während ein Stelle am Rhein schon länger unbesetzt ist und sicher eingeht kann. — 187 Bureau-Beamte mit 400—1200 Thlr. Gehalt bei den Direktionen sind eine große Zahl und erneuern den Wunsch, daß unsere Verwaltung weniger schreibfugig werden möge; besonders auffallend sind aber dabei die 9 Provinzial-Kassen-Rendanten, a 1000—1200 Thlr. Gehalt, während die eigentliche, doch nur den Haushalt umfassende Kassenverwaltung so wenig bedeutend sein dürfte, daß sie sehr wohl bei den betreffenden Hauptämtern mit verwaltet werden kann; die Zusammenstellung der Rechnungen aber durch Controlleure und Sekretaire besorgt wird — auch da ist also wohl zu sparen. — 55,873 Thlr. Diäten, Reisekosten und Bureau-Bedürfnisse der Direktionen werden in dem neuen Gesetz über die Diäten-Regulirung wohl schon eine Ermäßigung gefunden haben. 14,700 Thlr. sind zu Gratifikationen und Unterstützungen angeführt und scheinen für die Beamten bei den Direktionen bestimmt zu sein, wo dann die Summe doch sehr bedeutend wäre; zu Unterstützung der Provinzial-Fonds und zu extraordinären Ausgaben finden wir außerdem 72,000 Thlr. Eine genaue Auskunft darüber, wer diese großen Summen vertheilt und wie ein gleichmäßiges und unparteiisches Prinzip dabei gewahrt wird, dürfte sehr nöthig sein. Bei den Ausgaben für das ausführende Beamten-Personal ist es wieder nicht etwa die Höhe der Gehalte, welche zu Bedenken Anlaß giebt, sondern die Zahl der Angestellten und insbesondere dürften die Geschäfte auf mehrern Haupt-Steuer-Ämtern durch die nach und nach erfolgten Zoll-Anschlüsse so sehr abgenommen haben, daß deren Umwandlung in Nebenvoll-Ämtern und die damit zu machende Ersparnis schon jetzt und vor Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer sehr wohl thunlich wäre. Auch sollen die reitenden Aufseher an vielen Orten und Grenzen von wenig Nutzen und besser in Aufseher zu Fuß umzuwandeln sein, damit die 221,317 Thlr. Pferde-Unterhaltungskosten, welche den Verpächtern überdies noch Schaden bringen, geändert werden können. 3711 Thlr. sind für Legitimationschein-Ausfertigungen ausgeworfen. Diese Legitimationscheine selbst sind aber überall, wo sie nur den Binnenländischen Verkehr betreffen, eine ganz nutzlose Form und eine unnütze und sehr hemmende Belästigung des geschäfttreibenden Publikums, wie die vielfachen Bitten um Abschaffung aussprechen; die Minderung dieser Ausgabe ist also in doppelter Beziehung nothwendig. Die Tantieme für Stempel-distributoren beträgt 28,253 Thlr., was sehr viel erscheint; wo diese 2 % an Privaten ausgegeben werden, um dem Publikum stets zugängliche Verkaufsstellen zu verschaffen, sind sie sicher gut angewendet, dies aber kann nur ein sehr kleiner Theil davon sein, da die ganze Einnahme

vom Stempel bloß 3,500,000 Thlr. ist, und sofern also die übrige Tantieme an Finanz-Beamte oder an Gerichte für die eigene Stempelverwendung gezahlt werden, läßt sich ein Grund zu solcher Vergütung nicht finden. Die 12,140 Thlr. für Untersuchungsrichter werden sich, da solche nach den neueren gerichtlichen Einrichtungen wegfallen, auf eine mäßige Summe für juristischen Beistand zurückführen lassen. Daß die 10,677 Thlr. zur Verzinsung der Gelder, welche aus den Beamten-, Wittwen und Waisen-Unterstützungs-Fonds theils für den Eisenbahnfond entliehen, theils beim Amerikanischen Bergwerksverein verloren sind, nicht mehr aus den indirekten Steuern getragen werden können, sondern als reine Staatsschuld behandelt werden müssen, hat die Commission dem Vernehmen nach schon angeregt. — Schließen wir nun hiermit unter Uebergehung minder wichtiger und weniger augenfälliger Ersparungs-Anbeutungen die Reihe unserer Bemerkungen, so geschieht dies mit dem Wunsche, daß die Mitglieder der Kammern wie der Commission keinen Zweig des Budgets erledigungsmöchten, ohne Sachverständige darüber gehört zu haben, die nicht mit den Augen des Beamten, sondern der Steuerzahlenden sehen. Denn so sehr man sich bisweilen darüber täuschen mag, ob man die Majorität des Volkes hinter sich habe — darüber können die Kammern sicher sein, daß für sie dies nur der Fall ist, wenn sie nicht nur bewilligen und ausgeben, sondern vor Allem sparen und erleichtern!

Diesen Grundsatz können wir nicht umhin, der Volksvertretung auf das Dringendste zu empfehlen.

Die Bureautraten sind sehr abgeneigt, über ihre eigenen Werke und Thaten Sachverständige zu hören, und wenn die Commissionen nicht dazu übergehen, so bleibt der alte Sauerteig.

Für jede 20,000 Thlr. Ersparnis bauen wir durch die Kommunen 1 Meile Chaussee, das ist eine höchst praktische Verwendung! Nicht neue Zuschüsse, sondern bessere Verwendung der 94 Millionen ist die Preisaufgabe für die Abgeordneten!

Das Wort „nichts zu erinnern“ darf gar nicht vorkommen, jede irdische Einrichtung kann besser sein. Mögen unsere Bemerkungen der Plenar-Versammlung s. 3. Stoff zur Debatte bieten. (P.-C.)

Berlin, 27. November. Schlag auf Schlag hat jetzt in kurzer Frist den Theil der Berliner Geschäftsleute getroffen, welcher mit größerer Pflichtigkeit als Solidität und Gesetzmäßigkeit nach Verdienst und Reichthum gestrebt hat. Weit entfernt anzunehmen, daß der Verkehr mit Hausobligationen, wie er von Betrügnern betrieben ist, einen erheblichen größeren Umfang hat, als er in den Untersuchungen des letzten Jahres zum Vorschein gekommen ist, müssen wir doch behaupten, daß abgesehen hiervon die großartigsten Simulationen zu den verschiedensten Zwecken mit der Ausstellung von Hypotheken-Urkunden getrieben sind. Die Enthüllungen derartiger Verhältnisse bei der Beweisaufnahme in Sachen wider Hellwig, wo offen ausgesprochen wurde, daß man solche Obligationen gegenfeitig ausstelle, um sie nach Art der Wechselkreiterei zu benützen, daß man dergl. Dokumente für einige Thaler ausfertigen lasse, um sie beim Ankauf von Grundstücken mit Wissen und Willen des Verkäufers, trotz ihrer Werthlosigkeit, auf den um den Betrag des Dokuments simulirt erhöhten Kaufpreis anzurechnen, um dadurch einen höheren Erwerbspreis in das Hypothekenbuch einzuschmuggeln — diese und ähnliche Enthüllungen werden dem Obligationenschwindel unfehlbar etwas Einhalt thun. Ein zweiter Punkt betrifft den Wucher gegen die Bau-Unternehmer. Die wenigen Prozente, welche von vorn herein abgezogen sind, haben den größten Schaden nicht gethan, sondern die lästigen Nebenbedingungen, als z. B. Angaben an Sachen an Zahlungsstatt, Theilzahlungen in langen Fristen und dergleichen. Mit Rücksicht hierauf ist die Verhandlung wider Pastor von besonderem Interesse gewesen. Eine dritte Seite dieser Kontrakt-Thatigkeit ist in dem Erkenntniß des Kriminalgerichts wider Schumann und Genossen vom 26. November d. J. aufgedeckt. Schumann hatte nämlich ein auf 21,000 Thlr. geschätztes Grundstück für 5000 Thlr. in der Subhastation erstanden, nachdem er zwei andere Interessenten durch Zahlung von 1000 Thlr. bewogen hatte, von Abgabe eines höheren Gebotes abzusehen. Die Theilnehmer dieses Vertrages sind wegen strafbarer Verabredung bei einer Subhastation zu einer Geldbuße von 1000 Thlr. verurtheilt. Es wird nun vielfach behauptet, daß mit Verletzung des Gesetzes vom 14. Juli 1817 eine förmliche Verbindung unter einer Anzahl von hiesigen Trödlern besteht, welche sich bei Auktionen nie überbieten, alle von ihnen sobann erstandenen Sachen noch einmal unter sich verauktioniren, und die Gesamtsumme der höhern Gebote unter einander gleichmäßig vertheilen. Es hat jedoch ein genügender Beweis dafür noch nicht gebracht werden können. (N. P. 3.)

— Auch aus Stettin erheben sich nun, nach Ablehnung des bezüglichen Amendements in der zweiten Kammer, Stimmen für die Posen-Breslauer Eisenbahn. Der Magistrat, die Vorsteher der Kaufmannschaft in Stettin, und das Direktorium der Stargard-Posener Eisenbahngesellschaft haben die erste Kammer gebeten, sich für die sofortige Ausführung durch die Stargard-Posener Eisenbahngesellschaft auszusprechen, mit Bewilligung einer Zinsgarantie Seitens des Staats für das zum Bau erforderliche Kapital. (N. P. 3.)

— Die betreffende Kommission der ersten Kammer hat einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfes, betreffend die Aufhebung der Klassensteuer-Befreiungen; sowie mit 7 gegen 1 Stimme des von der 2ten Kammer beschlossenen Einführungstermins (1. Januar 1850) beantragt. (C. C.)

— Am 20. d. M. wurde die 500 Exemplare starke Auflage der in Breslau erscheinenden, von dem Literaten Brehmer redigirte „Schlesische Volks-Zeitung“ mit Beschlagnahme belegt. Das Gericht hat bereits diese Beschlagnahme für gerechtfertigt erklärt und die Untersuchung gegen die Verfasser zweier schamloser Artikel, welche die Beschlagnahme veranlaßten, eingeleitet. Ein gleiches Schicksal drohte am 24. November der Oderzeitung daselbst, die wegen eines sehr frechen, zum Sturze unseres staatlichen Verhältnisses aufreizenden Artikels, „die Solidarität der Völker“, in Beschlagnahme genommen werden sollte. Die Hälfte der 650 Exemplare starker

Auflage war bereits verausgabt, und nur die andere Hälfte fiel der Polizei in die Hände,

— Vor einigen Abenden ist es der Sicherheitspolizei gelungen, denjenigen bejahrten Mann, welcher in Kaffeehäusern und Restaurationen in ehrwürdiger Gestalt und anständiger Kleidung seit dem Beginn des Winters hier Mäntel und Winterhüte unbemerkt und mit Erfolg stahl, in flagranti zu ergreifen und den Richtern zu überliefern.

Auf der Jagd bei Fürstenwalde verlor am vergangenen Sonntage ein hiesiger achtbarer Kaufmann seinen erwachsenen Sohn durch dessen selbstverschuldete Unvorsichtigkeit, indem er seine mit Rebposten geladene Büchse an einen Baum hinstellte, die sich durch einen Ruck selbst entlud und ihren Besitzer auf der Stelle todt hinstreckte.

Der durch sein literarisches und amtliches Wirken weitbin bekannte vormalige Kriminalgerichts-Direktor Hitzig ist am 27. d. M. Nachmittags aus diesem Dasein geschieden. Schon längere Zeit durch körperliche Schwäche an das Haus gefesselt und dem Kreise seiner Familie lebend, nahm ihm seine letzte Lebensstunde fast unmerklich, ohne irgend einen Kampf,

Großbritannien.

London, 23. November. Die Times enthalten einen Artikel über „die Räthsel Frankreichs, das eine Republik war ohne Republikaner und jetzt eine Monarchie ist ohne Monarchen.“ Sie halten den Zustand der französischen Gesellschaft für einen hoffnungslosen und schreiben die Hauptschuld den Führern der ehemaligen Opposition zu.

— Gestern wurde die neue Kohlenbörse für den Handel eröffnet.

Im Jahre 1849 wanderten aus Großbritannien 48,672 und aus Irland 13,535 Personen aus; 1848 betrug die Zahl der Auswanderer für Großbritannien 196,567 und für Irland 59,546 Personen. Auswanderung ist oft als das Hauptheilmittel für Irland bezeichnet worden; aber der Sun weist nach, daß, obgleich jetzt jährlich 250,000 Menschen von den britischen Küsten auswandern, wovon bei weitem der größte Theil auf Irland trifft, doch dieser Menschen-Abzug dem Unglückslande keine Erleichterung schafft, vielmehr dessen Elend noch vergrößert, indem in der Regel nicht die ganz Hülflosen auswandern, denn diesen fehlt das Reisegeld, sondern Pächter und Handwerker, die ein kleines Kapital besitzen, also Arbeitgeber, nicht Arbeitnehmer. „Ungefähr je 150,000 Menschen“, sagt dies Blatt, „sind in den letzten drei Jahren von Irland ausgewandert, die mehr als dessen halbes landwirtschaftliche Kapital mit sich genommen; die Folge ist, daß in vielen Gegenden das Land ungebaut liegt, und daß die umlaufenden Banknoten, welche im Jahre 1846 7½ Millionen Pfund St. betrugen, im August 1849 auf 3,833,000 Pfd. geschwunden waren. Die kleinen Landwirthe, die Beschäftigten der Armen, sind mit ihrem Kapital verschwunden und haben den Grundeignern einen Haufen hungernder arbeitsloser Tagelöhner zur Aufzehrung ihrer Renten zurückgelassen. Eine Million solcher brodloser Arbeiter lastet jetzt auf Irlands Industrie. Und doch sagen uns die amerikanischen Blätter, daß jeder dieser irländischen Arbeiter, wenn stark und gesund, den vereinigten Staaten 1000 Dollars werth sein würde.“ Das genannte Blatt rath daher der Regierung, die Emigration der Armen in die englischen Kolonien, namentlich Australien und Kanada, auf Staatskosten zu übernehmen. Der Transport einer Familie nach Amerika kostet 20 bis 30, nach Australien 100 Pfd. St.

— Seit dem Dankfest und dem Briefe des Bischofs von London, der zur „Verbesserung der Lage der Arbeiter“ auffordert, widmet man diesem Gegenstande in der Hauptstadt doppelte Sorgfalt. Am vorigen Sonnabende besuchte der Bischof in Begleitung Lord Ashley's die Bureaux der Gesellschaft zur Verbesserung der Wohnungen der arbeitenden Klasse. Durch Kollekte in den Kirchen und Subscription hatte die Gesellschaft etwa 1900 L. Sterk. eingenommen und ist eben damit beschäftigt, mitten in der Stadt ein großes Haus, in der Weise der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft, zu errichten, das circa 52,000 Thlr. kostet; für dergleichen Bauten hat sie bereits 119,000 Thlr. verausgabt. — Zu demselben Zwecke hielten die Bewohner der Kirchspiele St. Giles und St. George ein Meeting ab. Es kam dabei zur Sprache, daß in Räumen von 12 F. Länge 8 F. Breite 23 Personen oft zusammenwohnen, während der Löwe im zoologischen Garten eben so geräumigen Schlafplatz habe. Der Tiger habe ein Wohnzimmer von 23 F. Breite und außerdem noch einen aparten Raum zum Schlafen. Selbst die Estimo- und anderen Hunde seien besser logirt als die Menschen. Unter solchen Umständen darf man sich freilich nicht wundern, daß aus den britischen Inseln so viel Menschen auswandern.

Die Verbesserungen der Lage der Arbeiter, welche der Herzog von Bedford auf seinen umfangreichen Besitzungen vornimmt, werden von der Presse sehr gerühmt und sein ganzes System dringend zur Nachahmung empfohlen. Dieser Mann hat in den letzten 3 Jahren an 400 Bauernhäuser gebaut, in denen etwa 3000 Menschen wohnen, sämmtlich mit mehr Bequemlichkeiten ausgestattet, gesunder, heller, wohllicher, als dies gemeinhin der Fall zu sein pflegt, und endlich dauerhaft genug, um 4—500 Jahre zu stehen.

Der französische Lustschiffer Urban, derselbe, der im September mit seinem Ballon müthig über die Alpen segelte, hat ein trauriges Ende gefunden. Vor einigen Wochen flog er in Barcelona wieder auf, ohne daß man von ihm etwas Weiteres erfuhr. Neuerdings ist seine Leiche am Meeresstrande bei Rosas gefunden, wo sie der französische Consul feierlich beerdigen ließ.

— Vor einigen Tagen wurde die im Bau begriffene Britannia-Brücke von deutschen Ingenieuren besucht, welche die hier gemachten Erfahrungen für den projektirten Bau einer Brücke über den Rhein benutzen wollen.

— Ein Berliner, Namens Casper, machte in Dundee ein recht hübsches Geschäft in „goldenen“ Ringen à 25 Silberggr., die nach der Schätzung der Juweliere nur einen halben Penny werth waren. Das Berliner Kind betheuerte vor Gericht seine Unschuld und flüchtete sich hinter den schottischen Dialekt: die Schotten hätten ihn alle mißverstanden, er habe nie gesagt, daß er „goldne“, sondern daß er „gute“ Ringe feilbiete. Leider hat das Polizeigericht von Dundee vor philosophischem Scharfsinn wenig Achtung bewiesen und den „gelehrten Gentleman“, wie Dundee Courier sich mit attischer Urbanität ausdrückt, unnachsichtig für einen Monat eingesperrt.

— In 60—70 Kirchen ist wohl von 50,000 frommen Seelen für Capitain Franklins glückliche Rückkehr gebetet worden, zuletzt auch von seiner Schwester, einer Mrs. Masenie.

— Nach dreißigjähriger Abwesenheit gedenkt der chinesische Missionar, Dr. Gützlaff, Europa wieder zu besuchen. Er hat sich vergrößert in das chinesische Wesen hineingelebt, daß er es selber angenommen hat. Ähnliches ist an Sir Henry Pottinger und an denen beobachtet worden, die längere Zeit unter den nordamerikanischen Indianern zugebracht.

Unsere Neu-Vorpommerischen Abgeordneten.

repräsentiren so ziemlich alle Schattirungen, welche sich in den beiden Kammern bemerklich machen. In der ersten Kammer hat der Abg. Direktor Baumstark seinen Sitz auf der Linken genommen, und kämpft von dort mit seinem Gesinnungsgegnossen, zu denen u. A. Camphausen, Dahlmann, Hansmann, Milde, v. Ammon, Heine, v. Arnim, Rösler, v. Rönne und Scheller gehören, für die constitutionellen Rechte des Volks gegen die, auch über die Kammer hinaus einflussreiche Partei der Rechten, deren Führer die Abg. Stahl und Walter sind. In diesem acht constitutionellen Sinne hat Baumstark in der Steuerfrage am 19. Okt. für das dem Volke zustehende Recht der Selbstbesteuerung gestimmt, und sich in einem Schreiben an seine Wähler dahin erklärt: da die Steuerbewilligung das von jeher anerkannte Grundrecht jeder Constitution sei, und, nebst der Theilnahme an der Gesetzgebung, am 6. April v. J. durch feierliche königliche Zusage (als das Minimum *) der Rechte der Kammern dem preussischen Volke verbürgt, so halte er seines Theils vertrauensvoll fest an dieser Zusage, daß sie zur vollen Wahrheit werde.

Von entgegengesetzten Ansichten über das Steuerbewilligungsrecht hat sich unser zweite Abg. der ersten Kammer, v. Useedom, leiten lassen, denn er stimmte gegen dasselbe. Jedenfalls ist der in dieser Frage gefasste Beschluß der wichtigste, an welchem jener bis jetzt Theil gehabt hat. Vor der Vertagung der Kammern im April verhinderte ihn seine Stellung als Gesandter am päpstlichen Hofe an der Erfüllung seiner Pflichten als Abgeordneter; nach seiner Rückkehr aus Italien fesselte ihn ein hartnäckiges Fieber an das Krankenlager, und nun, da er eben hergestellt in die Kammer getreten war, erhielt er den Auftrag, die Friedens-Unterhandlungen mit Dänemark zu leiten, woraus für seine parlamentarische Thätigkeit von neuem Störungen und Unterbrechungen zu erwachsen drohen. Ueber seine politischen Ansichten sind seine Wähler daher nicht viel aufgeklärt, als vor seiner Wahl. Zwar hat er sich in einem „Sendeschreiben an meine Wähler“ über die wichtigeren politischen Fragen der vaterländischen Gegenwart ausgesprochen, doch berührt jenes nicht sowohl die constitutionellen Fragen, wie sie bei der Revision der Verfassung in den Kammern erledigt werden sollen, als vielmehr die gegenwärtige Lage Preußens und Deutschlands im Allgemeinen. Er erklärt sich seiner politischen Ueberzeugung nach für die constitutionelle Staatsform, bedauert, daß diese, welche so lange die Hoffnung der Völker gewesen war, jetzt in der Meinung vieler so werthlos geworden zu sein scheint und auf einmal für nichts geachtet werden soll, und sucht sie dann sowohl gegen die von radikaler Seite erhobenen Anschuldigungen, wie gegen die von der entgegengesetzten Partei ausgehenden Angriffe in Schutz zu nehmen. Dürfen wir ihm nach diesen Aeußerungen in Verbindung mit der oben erwähnten Abstimmung seine Stelle in der ersten Kammer anweisen, so würde es die des Centrums sein.

In der zweiten Kammer gehören Graf Kraffow der Rechten, die Abg. Kruse, Meyer und Ulrichs dem Centrum an; doch herrscht auch zwischen diesen Letzteren eine weit auseinandergehende Meinungsverschiedenheit. Prof. Ulrichs vertritt eine besondere Vorliebe für die Abgeordneten von Hagen (Westphalen). In der aufgelösten Kammer politischer Freund von v. Vincke, hat er mit den Stimmen der Wähler auch seine Freundschaft auf den Abg. v. Bodelschwing übertragen. Wer weiß, wenn einmal die Majorität der Wähler von Hagen auf Herrn v. Gerlach versallen sollte....?! Den eifrigen Bemühungen Bodelschwing's ist es gelungen, das freie Centrum zu sprengen und unter seiner Führung eine neue Fraktion zu bilden, welche sich an die Rechte lehnt und der auch Ulrichs beigetreten ist, während Kruse und Meyer sich zu dem freisinnigeren Theile des Centrums halten, der unter Riedel's Vorstandschaft steht. Graf Kraffow scheint den Ideen Stahl's besonderen Beifall abgesehen zu haben; wenigstens brachte er vor Kurzem einen Aenderungs-Vorschlag zu Art. 11 der Verf. in die Kammer, welcher mit einem früheren Stahl'schen Amendement aus der ersten Kammer wörtlich übereinstimmte. Er wollte, daß das Christenthum für alle öffentlichen Einrichtungen, die mit der Religion im Zusammenhange stehen, maßgebend sein solle. Doch wurde der Antrag, so christlich er auch gemeint war, von der Kammer verworfen. Daß Graf Kraffow nicht, wie Kruse, Meyer und Ulrichs, unter die Steuerverweigerer der Kreuzzeitung zählt, versteht sich wohl von selbst. (W.-Bl.)

*) Der §. 6 der Königl. Verordnung vom 6. April 1848 über einige Grundlagen der künftigen Verfassung lautet: „Den Volksvertretern soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, wie zur Feststellung des Haushalts-Etats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen.“

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Frequenz in der Woche vom 18. Novbr. bis incl. 24. Novbr. 1849 auf der Haupt-Bahn: 3431 Personen.

Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Mein Haus, Breitestraße No. 392, worin Bäckerei betrieben wird, wünsche ich aus freier Hand zu verkaufen. A. Paug, Bäckmeister.

Vermietungen.

Große und kleine Wollweberstraßen-Ecke No. 592 ist die bel. Etage, bestehend aus 6 heizbaren Zimmern, Entree, Küche, Kammern, nebst Keller und Bodenraum, zum 1ten April d. J. zu vermieten.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Nicht zu übersehen.

Fuchs-, Marber-, Jltis- und Hasenfelle lauft und zählt die höchsten Preise, wie es einem geehrten Publikum wohl bekannt ist.

381. R. Gutmann, 381.

Breite- und Baustraßen-Ecke.